Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Brandenburg 1945

Von Katrin und Ralf Baus

In Brandenburg war die Gründung der CDU durch zahlreiche Besonderheiten gekennzeichnet. Die geographische Nähe zu Berlin und der Einfluß des Berliner Gründungsvorganges ließen auch in Brandenburg eine frühe Bildung der Union erwarten. Dennoch konnte sich der CDU-Landesverband erst am 16. Oktober 1945 konstituieren. Damit war in Brandenburg der Landesverband der CDU wesentlich später als in den anderen Ländern und Provinzen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gegründet worden. In Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg hatten sich die CDU-Landesverbände bereits im Sommer 1945 konstituiert.[1]

Im vorläufigen Vorstand der Brandenburger Union fungierten Wilhelm Wolf als Vorsitzender und Otmar Feßler als sein Stellvertreter. Weiterhin gehörten dem Landesvorstand Otto Stegemann sowie Karl Grobbel an.[2] Zu

---

1 Die Gründungsgeschichte der CDU-Landesverbände in der sowjetisch besetzten Zone ist noch weitgehend unerforscht. Zur Gründung der CDU in Sachsen vgl. Ralf BAUS, *Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik*, 2/1995, S. 83-117; ders., *Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945*, in: *Neues Archiv für sächsische Geschichte*, 67/1996, S. 235-279. Die CDU der DDR publizierte seit Ende der 60er Jahre in ihrer Reihe »Beiträge zur Geschichte« zu allen Landesverbänden Einzelstudien, die auch in knapper Form auf die Gründungsgeschichte eingehen. Vgl. Alwin SCHAPER, *Jahre der Entscheidung. Erinnerungen an die Entwicklung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der CDU (1945 bis 1952)*, Berlin (Ost) 1969; Victor THIEL, *Christen Thüringens in der Bewährung. Aus der Geschichte des Landesverbandes Thüringen der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands*, Halle 1970; Hans KOCH, *Dem Fortschritt zugewandt. Eine Untersuchung über die Mitarbeit des CDU-Landesverbandes Mecklenburg in der antifaschistisch-demokratischen Revolution und bei der Gründung der DDR (1945 bis 1949)*, Halle 1974; Hans ZILLIG, *In der Mitarbeit gewachsen und gereift. Zur Geschichte des Landesverbandes Sachsen der CDU (1945 bis 1952)*, Berlin (Ost) 1975; Friedrich KIND, *Christliche Demokraten im Ringen um eine neue Demokratie. Zur Entwicklung und zum Beitrag des Landesverbandes Brandenburg der CDU innerhalb der politischen Organisation der Gesellschaft während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945-1949/50)*, Berlin (Ost) 1984. Die Begriffe CDU, CDUD und Union werden im folgenden synonym verwandt. Der Landesverband Brandenburg führte im Stempel die Bezeichnung: »Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Landesverband Brandenburg«. In der Mitte des Stempels befand sich das Berliner Signet »CDU«, bei dem ein großes »U« die beiden übereinanderstehenden Buchstaben »CD« umfing.

2 Schreiben Grobbel und Wolf an die Kommandantur der Provinz Brandenburg, 16. Okt. 1945, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Landesverband Brandenburg 1945-1952, III-033-087.

diesem Zeitpunkt verfügte der Landesverband bereits in acht kreisfreien Städten über Ortsgruppen oder Kreisverbände. In 20 Landkreisen war die CDU mit dem Aufbau von Ortsgruppen beschäftigt. Ende September waren somit immerhin rund 3 000 Mitglieder in der Union in Brandenburg organisiert.[3]

Der langsame Aufbau lag nicht zuletzt an den schlechten Verkehrsverhältnissen,[4] die in dem teilweise dünn besiedelten Land die Verbindungsaufnahme erheblich erschwerten. Durch Kriegseinwirkungen war es zu einer faktischen Trennung von Potsdam und Berlin gekommen. Die Glienicker Brücke und die Brücken über den Teltow-Kanal waren gesprengt worden. Auch die schnell gebauten Notbrücken konnten nur den wichtigsten Verkehr bewältigen.[5] Eine leichte Besserung trat erst mit der Wiederaufnahme des Postverkehrs ein,[6] so daß die Mitgliederzahlen bis Anfang Dezember auf 4 900 gesteigert werden konnten.[7] Im Vergleich zu den anderen Landesverbänden lag Brandenburg damit in der Mitgliederentwicklung weit zurück. Lediglich der Landesverband Mecklenburg hatte Anfang 1946 ebenfalls erst einen Mitgliederstand von 4 925 erreicht. Thüringen und Sachsen-Anhalt wiesen in der Mitgliederstatistik bereits 7 767 bzw. 10 000 Mitglieder aus. Am augenfälligsten war der Abstand zum Landesverband Sachsen, der bereits über 20 259 Mitglieder verfügte. In Berlin hatten sich 8 932 Personen zur Union bekannt.[8]

Ursache des langsamen Parteiaufbaus waren nicht nur die erheblichen Kommunikations- und Verkehrsschwierigkeiten, sondern auch die organisatorischen Besonderheiten beim Aufbau des Landesverbandes. Bis zur

---

3 Schreiben Grobbel und Wolf an die SMA der Provinz Brandenburg, 23. Okt. 1945, ACDP III-033-087. Am 18. Oktober 1945 wurde in einem Rundschreiben der »Reichsgeschäftsstelle« (vgl. 1. Rundschreiben an die Landesverbände, Entwurf Hermann Remelé, 18. Okt. 1945, ACDP, Nachlaß [NL] Andreas Hermes, I-090-015/4) zum Organisationsstand in der Mark Brandenburg angegeben, daß in acht kreisfreien Städten und 21 Landkreisen Kreisverbände ins Leben gerufen worden seien. Die Zahl der Ortsgruppen betrage zur Zeit 121.

4 So auch die Einschätzung der »Reichsgeschäftsstelle« in ihrem Tätigkeitsbericht der CDUD für den Monat August 1945, Berlin, 8. Sept. 1945, ACDP I-090-015/2.

5 Artikel *»Potsdam heute – Erinnerungen zwischen Trümmern«*, in: *Neue Zeit*, Nr. 9, 1. August 1945, S. 3.

6 Grobbel gibt hierzu an, daß erst Mitte November 1945 wieder die Möglichkeit bestanden habe, Briefe von Berlin auch in die Provinz Mark Brandenburg zu versenden. Allerdings habe zu diesem Zeitpunkt der außerordentlich langsame Rücklauf noch dazu geführt, daß zwischen Mitteilung und Antwort oftmals ein Zeitraum von vier Wochen lag. Vgl. Organisationsreferat Karl Grobbel auf dem Landesparteitag der CDU Brandenburg am 27./28. April 1946, ACDP III-033-083.

7 Schreiben Grobbel an den Vizepräsidenten der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Bernhard Bechler, 8. Jan. 1946, ACDP III-033-051.

8 Vgl. Zusammenstellung über den Mitgliederbestand der Landesverbände der CDUD. Stand vom 1. Jan. 1946 und 31. Dez. 1946, ACDP, Zentrales Parteiarchiv der Ost-CDU, Sekretariat des Hauptvorstandes, VII-011-799.

Konstituierung des vorläufigen Vorstandes am 16. Oktober 1945 bestand faktisch ein gemeinsamer Landesverband Berlin-Brandenburg. So wurden die Leiter der CDU-Kreisverbände in Brandenburg noch am 24. September 1945 zu einer gemeinsamen Besprechung mit den Berliner CDU-Kreisvorsitzenden eingeladen.[9] Am 4. Oktober 1945 berichtete der Mitarbeiter der »Reichsgeschäftsstelle«, Dr. Banke, vor dem Gründungsausschuß der CDUD über den Stand der Parteiorganisation in Berlin und Brandenburg. Die Entwicklung der Ortsgruppen in Berlin, so Banke, sei abgeschlossen, in Brandenburg schreite der Aufbau weiter gut voran. In der Reichshauptstadt sei etwa ein Prozent der Bevölkerung erfaßt und auf dem Lande werde die Bildung von Ortsgruppen in jedem Ort mit über 1 000 Einwohnern durchgeführt.[10] Erst am 17. November 1945 konnte der Aktionsausschuß des Berliner CDU-Landesverbandes auf seiner konstituierenden Sitzung eine klare Trennung vom Landesverband Brandenburg beschließen.[11]

Die Verbindung der Berliner und Brandenburger Union lag im Organisatorischen begründet, da beide Verbände faktisch aus der »Reichsgeschäftsstelle« der CDUD hervorgingen. Bereits Mitte Juli 1945 hatte Andreas Hermes auf Betreiben der ehemaligen Zentrumsmitglieder Heinrich Krone und Heinrich Vockel Grobbel den Auftrag erteilt, als Landesgeschäftsführer den Aufbau der Union sowohl in Brandenburg als auch in Berlin voranzutreiben.[12] Grobbel gehörte seit 1920 dem Zentrum an und wurde 1924 Generalsekretär der Partei für Ost- und Mitteldeutschland. Seit dem Sommer 1945 gehörte er zum erweiterten Gründerkreis der CDUD in Berlin.[13] 1896 in der Hauptstadt des wilhelminischen Deutschland geboren

9 Schreiben des Mitarbeiters der »Reichsgeschäftsstelle«, Walter Banke, betreffend Sitzung der Kreisverbandsvorsitzenden am 2. Okt. 1945, Berlin, 24. Sept. 1945, ACDP III-033-087. Zur Sitzung am 2. Oktober 1945 an der aus Brandenburg die Vorsitzenden der Kreisverbände Potsdam, Bernau und Teltow teilnahmen vgl. »Bericht über die Sitzung der Kreisverbandsvorsitzenden am Dienstag, dem 2. Oktober 1945, 15 Uhr, im Saale der ehemaligen Staatsbank, Jägerstr. 22», ACDP III-033-035.

10 Protokoll der 11. Sitzung des Gründungsausschusses der CDUD am 4. Okt. 1945, ACDP, Zentrales Parteiarchiv der Ost-CDU, Vorstand, VII-010-708. Banke fungierte offenbar vorübergehend als »Reichsgeschäftsführer«, nachdem Heinrich Vockel dieses Amt nach der Gründung der CDUD provisorisch übernommen hatte. Im Januar 1946 übernahm Georg Dertinger das neu geschaffene Amt des Generalsekretärs.

11 Protokoll der ersten Sitzung des Aktionsausschusses des Landesverbandes Berlin am 17. Nov. 1945, ACDP, Landesverband Berlin, III-012-1064.

12 Organisationsreferat Karl Grobbel auf dem Landesparteitag der CDU Brandenburg am 27./28. April 1946 (wie Anm. 6); außerdem Lebenslauf Karl Grobbel, Cottbus, 12. März 1953, ACDP, NL Karl Grobbel, I-652-001/2 und Geschäftsverteilungsplan der »Reichsgeschäftsstelle« der CDUD, o.D. [vermutlich Juli/August 1945], ACDP, NL Otto Heinrich von der Gablentz, I-155-030/5.

13 Vgl. Aufstellung der CDUD über die Zusammensetzung des vollständigen Gründerkreises im August 1945, CDUD, Agitationsmaterial, Folge III, ACDP, Landesverband Sachsen 1945-1952, III-035-070.

und in einem katholischen Elternhaus aufgewachsen, war Grobbel 1919 mit schwersten Kieferverletzungen, die er noch bis in die 50er Jahre operativ behandeln lassen mußte, aus dem Ersten Weltkrieg zurückgekehrt. Nach einer mehrjährigen stationären Behandlung begann Grobbel 1922 eine Bankausbildung. Durch den ehemaligen Reichskanzler Wilhelm Marx veranlaßt, übernahm er am 1. Oktober 1924 das Amt eines Generalsekretärs in der Zentrumspartei. 1925 gründete er die Monatszeitschrift des Zentrums »Der Weckruf«. Ein Jahr später gab Grobbel eine programmatische Sammlung wichtigster Dokumente zur Geschichte des Zentrums seit 1848 unter dem Titel »Unterm Zentrumsbanner«[14] heraus. Im Frühjahr 1930 wurde er zum Provinzvorsitzenden des Zentrums in Brandenburg gewählt. Nach dem Verbot der Zentrumspartei und einer Verhaftung durch die SA im Juni 1933 ließ er sich als selbständiger Kaufmann und Handelsvertreter nieder. Seine Kontakte zu fast allen katholischen Geistlichen in Ost-, Mittel- und Norddeutschland konnte Grobbel dazu nutzen, um unter anderem als »Vereidigter Meßwein-Lieferant« in diesen Gebieten tätig zu werden. Kurz nach dem Einmarsch der Roten Armee übernahm Grobbel am 22. April 1945 in seinem Wohnort Berlin-Wilhelmshagen-Hessenwinkel die Leitung des Arbeitsamtes.[15] Für den Aufbau der CDU in Brandenburg und Berlin konnte er somit im Sommer 1945 auf zahlreiche Erfahrungen und Kontakte aus seiner Tätigkeit im Zentrum und aus den Jahren nach 1933 zurückgreifen. Für den Gründungsprozeß der Brandenburger Union waren die Lage des Landes am Ende des Krieges sowie der durch die KPD dominierte politische Neubeginn mit von entscheidender Bedeutung.

Brandenburg am Ende des Krieges

Mit Befehl Nr. 5 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) war die Provinz Mark Brandenburg am 9. Juli 1945 zu einer von fünf Verwaltungseinheiten der Sowjetischen Besatzungszone erklärt worden.[16] Bis zur Auflösung Preußens am 25. Februar 1947 durch das Kon-

14 *Unterm Zentrumsbanner. Werden und Wirken der Zentrumspartei. Dokumente zur Zeitgeschichte*, hrsg. von H. BROERMANN und K. GROBBEL, Berlin 1926.

15 Lebenslauf Karl Grobbel, Cottbus, 12. März 1953 (wie Anm. 12).

16 Befehl Nr. 5 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung, des Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (betr. Einrichtung von Dienststellen der Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung und ihrer Stellvertreter in Zivilangelegenheiten in den Provinzen und föderalen Ländern), Abdruck in: *Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland*, Sammelheft 1, 1945, Berlin 1946, S. 13 f. Als Geburtsstunde des Landes Brandenburg kann auch der 4. Juli 1945 angesehen werden, da an diesem Tage die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg durch die SMAD bestätigt wurde.

trollratsgesetz Nr. 46 blieb Brandenburg de jure eine »Provinz«. Erst durch den Befehl Nr. 180 der SMAD erhielt das einstige Herz- und Mittelstück Preußens am 21. Juli 1947 den staatsrechtlichen Status eines Landes.[17]

Mit einer Fläche von 26 976 Quadratkilometern war Brandenburg das flächenmäßig größte Land der sowjetisch besetzten Zone. Bei einer Einwohnerzahl von 2 527 492 im Oktober 1946 war die Provinz jedoch nur äußerst dünn besiedelt. Auf einem Quadratkilometer des Landes wohnten 1946 durchschnittlich lediglich 93,7 Personen. Der überwiegende Teil der Bevölkerung lebte in Landgemeinden und Kleinstädten, nur etwa ein Fünftel in Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern. Auch der Zustrom von 620 000 registrierten Flüchtlingen und Vertriebenen bis zum Sommer 1946 hatte die Einwohnerzahl gegenüber der Vorkriegszeit – 2 413 896 im Mai 1939 – nur unwesentlich erhöht. Die Mehrzahl der Bevölkerung war mit 85,4 Prozent evangelisch. Nur 9,2 Prozent der Einwohner bekannten sich zum katholischen Glauben. Die kriegs- und nachkriegsbedingten Bevölkerungsverschiebungen hatten damit die Relation der Vorkriegszeit – 86,5 Prozent Protestanten gegenüber 7,7 Prozent Katholiken 1939 – nur unwesentlich verschoben. Katholische Enklaven wie etwa in Thüringen das Eichsfeld hatte es auch vor Ende des Zweiten Weltkrieges nicht gegeben.[18]

Im Frühjahr 1945 waren große Teile der Provinz Brandenburg noch in der letzten Kriegsphase wochenlang erbittert umkämpftes Frontgebiet gewesen. Die Äcker waren vielfach völlig verwüstet und von Panzergräben und anderen Kampfanlagen weithin durchzogen. Ganze Gegenden waren vermint. Die Oderdeiche – durch Bunkerbauten geschwächt – brachen, so daß weite Landstriche überschwemmt wurden. Geräte, Maschinen und Vieh waren bis auf geringe Reste von den landwirtschaftlichen Höfen verschwunden. So gab es etwa im Kreis Lebus von 43 000 Stück Rindvieh, die vor dem Krieg noch vorhanden waren, im Juli 1945 nur noch 400 Stück. Zahlreiche landwirtschaftliche Güter waren aus Angst vor der Roten Armee von ihren Besitzern und Verwaltern verlassen worden. Die Zentren der Kampfhandlungen waren weitgehend entvölkert.[19] Noch am 14. April 1945 war der historische Stadtkern von Potsdam durch einen Luftangriff schwer zerstört worden.[20]

---

17 Barbara FAIT, *(Mark) Brandenburg*, in: *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949*, hrsg. von Martin BROSZAT und Hermann WEBER, München 1990, S. 80-102, S. 80.

18 EBD.

19 *Ein Jahr Bewährung der Mark Brandenburg. Rückblick und Rechenschaft*, hrsg. vom Präsidium der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg (Schriften des Informationsamtes der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg; 3), Potsdam 1946, S. 14.

20 Zu den Zerstörungen durch den Luftkrieg in Brandenburg vgl. Olaf GROEHLER, *Der Luft-*

Die verheerende Situation im Lande hatte für die Ernährungslage der Provinz, vor allem aber auch für die besetzte Reichshauptstadt Berlin gravierende Auswirkungen. Andreas Hermes, seit Anfang Mai 1945 stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin und Leiter des Ernährungsamtes, erhielt Mitte Mai 1945 den Bericht einer Sachverständigengruppe über die Lage im Kreis Ruppin, der deutlich machte, daß sich die katastrophalen Zustände in Brandenburg nach Einstellung der Kampfhandlungen offenbar noch weiter verschlechtert hatten. Erschießungen, Vergewaltigungen, Plünderungen, Brandstiftungen und Verhaftungen, so berichtete die Sachverständigengruppe, hätten eine Atmosphäre der Unsicherheit und Resignation geschaffen, die in den besuchten 28 Dörfern zu einem fast vollständigen Erliegen jeder Tätigkeit geführt habe. Auch in den anderen Kreisen der Provinz war die Lage kaum besser, so daß die Berliner Sachverständigen feststellen mußten, daß vorerst aus diesen Gebieten für die Verbesserung der Ernährungslage in der Reichshauptstadt nichts zu erwarten sei.[21]

Politischer Neubeginn in Brandenburg

Das politische Leben war in Potsdam schon lange vor der offiziellen Gründung der Brandenburger Union wieder in Gang gekommen. Am 30. April 1945 waren in der schwer zerstörten Stadt mit der vollständigen Einnahme durch Truppen der Roten Armee die Kampfhandlungen zu Ende gegangen.[22] Kommunisten und Sozialdemokraten waren auch hier wie in der übrigen sowjetisch besetzten Zone die ersten politischen Kräfte, die sich in »Antifaschistischen Ausschüssen« und in den Verwaltungen der Städte und Gemeinden organisierten. In Babelsberg entstand aus der Illegalität heraus ein »Revolutionärer Vollzugsausschuß«, in dem Kommunisten und Sozialdemokraten zusammenwirkten. Der Ausschuß forderte schon bald in einem Aufruf »alle anständigen Einwohner« dazu auf, sich in einer »Antinazifront« zusammenzuschließen. Auch das Nationalkomitee »Freies Deutschland« (NKFD) hatte in einem Aufruf in den letzten Kriegstagen die Bürger von Potsdam zur Beendigung der Kriegshandlungen und zur Errichtung einer gemeinsamen »Front des Friedens« aufgefordert.[23] Am 3. Mai 1945 kamen

---

krieg gegen Brandenburg in den letzten Kriegsmonaten, in: *Brandenburg im Jahr 1945* (Studien, hrsg. von Werner STANG unter Mitarbeit von Kurt ARLT, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung), Potsdam 1995, S. 9-37.

21 Peter HERMES, *Ein Versuch mit den Sowjets*, in: *Die politische Meinung* 105/1965, S. 63-73, S. 68.

22 Zum Kriegsende in Potsdam vgl. Kurt ARLT/Werner STANG, *Kampf um Potsdam Ende April 1945*, in: *Brandenburg im Jahr 1945* (wie Anm. 20), S. 167-194.

23 Vgl. Karl URBAN, *15 Jahre Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Der Kampf um die Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung in der Provinz Brandenburg, Mai 1945 bis April 1946*,

zur Bildung eines Leitungsgremiums für Groß-Potsdam je fünf Funktionäre der KPD und SPD in der Buchdruckerei Stein in der Kaiser-Wilhelm-Straße in Potsdam zusammen. Auch hier wurde ein Zehnerausschuß gebildet, der sich wie in Babelsberg »Revolutionärer Vollzugsausschuß« nannte.[24]

In ganz Brandenburg nahmen die Kommunisten und Sozialdemokraten von Anfang an erheblichen Einfluß auf die personelle Besetzung der Stadtverwaltungen, so daß »bürgerliche« Politiker nur selten vertreten waren. Hierzu gehörte unter anderem der spätere CDU-Mitgründer Hans-Paul Ganter-Gilmans, der am 15. Mai 1945 seine Tätigkeit als Stadtrat und Leiter des Ernährungsamtes in Potsdam aufnahm.[25] Im Kreis Zauch-Belzig wurde Karl Müller, vor 1933 Mitglied des christlichen Metallverbandes, am 20. Mai 1945 als Bürgermeister von Ragösen eingesetzt. In Oranienburg fungierte das ehemalige DDP-Mitglied, Adolf Dechert, seit Mai 1945 vorübergehend als Bürgermeister.[26] Ernst Stargardt, 1946 bis 1949 Justizminister in Brandenburg und bis zu seiner Flucht im August 1950 Mitglied des CDU-Landesverbandes, war bereits am 3. Juli 1945 zum Oberstaatsanwalt in Potsdam ernannt worden.[27]

Auch Ernst Lemmer übernahm am 28. April 1945 eine Funktion in der Gemeindeverwaltung von Kleinmachnow, wo er von einem russischen Offizier als Bürgermeister eingesetzt wurde.[28] In der »bürgerlichen« Siedlung am Stadtrand Berlins war die Gründung einer Ortsgruppe bereits am 16. Juni 1945 in die Wege geleitet worden. Maßgeblich beteiligt waren hieran Ernst Lemmer und Peter Bloch. Eine inoffizielle Gründungsversammlung fand noch vor der Veröffentlichung des CDUD-Aufrufes »Deutsches Volk!« mit etwa 30 Männern und Frauen am 23. Juni 1945 statt.[29]

---

hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Potsdam 1961, S. 10.

24 Vgl. Manfred UHLEMANN, *Neubeginn in Potsdam. Politische und soziale Verhältnisse*, in: *Brandenburg im Jahr 1945* (wie Anm. 20), S. 297-332, S. 299 f.

25 Lebenslauf Hans-Paul Ganter-Gilmans, Abschrift, Potsdam, 29. April 1947, ACDP I-652-001/4.

26 Vgl. F. KIND (wie Anm. 1), S. 8 f.

27 Personalfragebogen Ernst Friedrich Hermann Stargardt, Provinzialverwaltung Brandenburg, 26. Sept. 1945, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BSTU), AP 1118/53. In dem Fragebogen hieß es, Stargardt wolle der CDU beitreten, die zu diesem Zeitpunkt an seinem Wohnort in Potsdam jedoch noch nicht existiere.

28 Ernst LEMMER, *Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten*, Frankfurt/Main 1968, S. 220 ff.

29 Schreiben Peter Bloch an Erich Schmelz, 29. Aug. 1945, Landesarchiv Berlin (LAB), NL Peter Bloch, Rep. 200, Acc. 3 006/8; Peter BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation. Als CDU-Politiker in Brandenburg 1945-1950*, hrsg. von Siegfried SUCKUT, mit einem Geleitwort von Johann Baptist Gradl, Köln 1986, S. 48. In dem Schreiben an Schmelz heißt es ausdrücklich, die CDU in Kleinmachnow habe am 16. Juni 1945 unter Leitung von Ernst Lemmer die Arbeit

Den Aufbau der brandenburgischen Landesverwaltung versuchte Walter Ulbricht von Berlin aus zu steuern. Mit der Vorbereitung der personellen Besetzung beauftragte er Bernhard Bechler, der 1943 in sowjetische Gefangenschaft geraten war und sich dort dem Bund Deutscher Offiziere und später dem Nationalkomitee »Freies Deutschland« angeschlossen hatte. Als Frontbevollmächtigter des NKFD war Bechler mit der 2. Belorussischen Front nach Deutschland zurückgekehrt.[30] Als am Ende des Krieges die Frontschule nach Rüdersdorf bei Berlin verlegt wurde, hatte Bechler einen Teil der Schüler für den Aufbau der Landesverwaltung in Potsdam herangezogen, während andere in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt wurden.[31] Nach Gesprächen mit dem brandenburgischen KPD-Bezirkssekretär, Willy Sägebrecht, und führenden Sozialdemokraten legte Bechler die Vorschläge für die Organisation und personelle Besetzung der Landesverwaltung Ulbricht vor, der sie an die SMAD weiterleitete.

Am 4. Juli 1945 wurde die Provinzialverwaltung unter Führung von Karl Steinhoff (SPD) bestätigt. Stellvertreter wurden Bernhard Bechler (parteilos, dann KPD), Edwin Hoernle (KPD) und Fritz Rücker (SPD). Die »bürgerlichen« Gruppierungen waren lediglich durch Georg Remak vertreten, der als 4. Vizepräsident ernannt wurde. Remak war bis 1935 in der preußischen Verwaltung tätig gewesen und dann aus politischen Gründen pensioniert worden. Schon nach kurzer Amtsdauer verlor er im September 1945 seine Funktion als Vizepräsident, da er sich weigerte, die Bodenreformverordnung zu unterschreiben. Sein Nachfolger im Amt wurde am 1. Oktober 1945 Frank Schleusener. Schleusener war zu diesem Zeitpunkt noch parteilos und trat erst Ende November 1945 der CDU bei.[32] Der 1950 in der Haft des

---

aufgenommen und eine vorläufige Ortsgruppe gegründet. In seinen Erinnerungen gibt Bloch als Gründungsdatum den 23. Juni 1945 an.

30 Vgl. Hans-Joachim SCHRECKENBACH, *Der Aufbau einer neuen Verwaltung in Brandenburg im Jahr 1945*, in: *Brandenburg im Jahr 1945* (wie Anm. 20), S. 223-264, S. 235.

31 Bernhard BECHLER, *Aus der Arbeit des Nationalkomitees »Freies Deutschland« bei der 2. Belorussischen Front im Jahre 1945*, in: *Befreiung und Neubeginn. Ausgewähltes und überarbeitetes Protokoll der Wissenschaftlichen Konferenz des Historischen Instituts der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald in Verbindung mit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und der Deutschen Historiker-Gesellschaft am 29. und 30. April 1965*, Berlin (Ost) 1966, S. 122-131, S. 129.

32 H.-J. SCHRECKENBACH (wie Anm. 30), S. 235 ff. Eine parteipolitische Mitgliedschaft für Georg Remak ist zweifelhaft. Schreckenbach (ebd., S. 236) bezeichnet Remak als Demokraten. Reinert stellt fest (vgl. Fritz REINERT, *Brandenburgs Parteien 1945-1950. Möglichkeiten und Grenzen kooperativer Politik*, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam 1995, S. 52 und Anm. 119), daß für Remak keine Parteizugehörigkeit nachweisbar sei und stuft ihn daher als parteilos ein, während Ribbe (vgl. Wolfgang RIBBE, *Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, 1945 bis 1952*, in: *Brandenburgische Geschichte*, hrsg. von Ingo MATERNA und Wolfgang RIBBE, Berlin 1995, S. 677-726, S. 693) Remak der CDU zurechnet. In einer Kaderaufstellung über »Personalien und Parteizugehörigkeit der Leitung der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg« mit Stand vom 15. Oktober 1945 (Stiftung Archiv der Parteien

Staatssicherheitsdienstes der DDR umgekommene Schleusener hatte nach 1933 als Rechtsanwalt und Notar gearbeitet. In der Zeit vor dem Nationalsozialismus war Schleusener ebenfalls in der preußischen Verwaltung, unter anderem als Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg, Regierungspräsident von Potsdam und schließlich seit 1924 als Staatssekretär im preußischen Finanzministerium tätig. Parteipolitisch gehörte Schleusener bis 1933 der DDP an.

Mit Hilfe der »Gruppe Ulbricht«, die am 30. April 1945 in der Nähe von Berlin auf einem Flugplatz gelandet war, versuchten die Moskauer Exilkommunisten auch in Brandenburg möglichst rasch maßgeblichen Einfluß auf die politische Neugestaltung des Landes zu gewinnen. Allerdings gelang dies nur in begrenztem Maße, da die Mitglieder der Gruppe sich zunächst auf den Aufbau der Berliner Stadtverwaltung sowie der Bezirksverwaltungen konzentrierten.[33] Zudem waren auch sie wie die anderen politischen Gruppierungen durch die schlechten Verkehrsverhältnisse in Brandenburg in ihrer Arbeit erheblich beeinträchtigt.[34] Zur Verstärkung der zuverlässigen kommunistischen Kader telegraphierte Ulbricht schon wenige Tage nach Ankunft der Berliner »Initiativgruppe« an Dimitroff: »Ich brauche dringend weitere Mitarbeiter: zehn qualifizierte Instrukteure – Kommunisten für die Arbeit in den Kreisverwaltungen und in Brandenburg, einen Mitarbeiter für Kaderfragen und eine Sekretärin mit Stenographiekenntnissen.«[35]

Gustav Gundelach und Richard Gyptner von der »Gruppe Ulbricht« arbeiteten bereits in der Provinz Brandenburg. Schon bald stieß Willy Sägebrecht, später maßgeblicher KPD-Funktionär in Brandenburg, zur Gruppe der Exilkommunisten. Ende April 1945 war Sägebrecht als Häftling des

---

und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv [SAPMO], KPD 1916-1949, RY 1/I 3/1-2/115) wird Georg Remak als Leiter des Gerichtswesens mit der Parteizugehörigkeit zur »Christlich-Demokratischen Union« aufgeführt. Allerdings kann auch hieraus nicht mit absoluter Sicherheit auf seine Zugehörigkeit zur CDU geschlossen werden. Nach Angaben von Reinert (ebd., S. 52 und Anm. 116) stellte Schleusener erst Ende November 1945 einen Antrag auf CDU-Mitgliedschaft. Seine Ernennung zum 4. Vizepräsidenten der Provinzialverwaltung war durch Befehl Nr. 37 der Sowjetischen Militäradministration in Brandenburg (SMAB) vom 26. September 1945 erfolgt. Vgl. *Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg 1945-1949*, bearb. von Klaus GESSNER (Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs; 4), Frankfurt/Main 1997, S. 45.

33 Zur Tätigkeit der »Gruppe Ulbricht« vgl. »*Gruppe Ulbricht« in Berlin. Eine Dokumentation mit historischer Einleitung*, hrsg. von Gerhard KEIDERLING, Berlin 1992.

34 Der KPD-Bezirkssekretär Willy Sägebrecht beauftragte schon bald Kurt Seibt mit dem Aufbau eines arbeitsfähigen Kurierapparates (vgl. Willy Sägebrecht, Erinnerungen, Manuskript, 21. Mai 1965, SAPMO, EA 1276/1, S. 452; außerdem Personalliste der KPD-Bezirksleitung der Provinz Brandenburg, Berlin, 24. Juli 1945, SAPMO, RY 1/I 3/1-2/115), der eine schnelle und sichere Kommunikation ermöglichte; eine Einrichtung die die CDU aus finanziellen, personellen und logistischen Gründen niemals aufbauen konnte.

35 Telegramm Walter Ulbricht an Georgi Dimitroff, Politische Verwaltung der 1. Belorussischen Front, 9. Mai 1945, SAPMO, NL Walter Ulbricht, NY 4182/851.

Konzentrationslagers Sachsenhausen auf einen Todesmarsch in Richtung Schwerin geschickt worden. In der Nacht vom 1. zum 2. Mai 1945 gelang ihm im Walde von Below bei Lübz die Flucht. Etwa Mitte Mai wurde Sägebrecht, nachdem er sich einige Tage in Berlin-Moabit aufgehalten hatte, zur Unterstützung der »Gruppe Ulbricht« herangezogen, um in Alt-Friedrichsfelde dort ankommende Kommunisten aus Konzentrationslagern und Gefängnissen zu sammeln. Zudem sollte Sägebrecht die Bezirksleitung der KPD für die Provinz Brandenburg aufbauen.[36]

Im Süden Brandenburgs kamen Mitglieder der »Gruppe Ackermann« vereinzelt beim Aufbau der Stadtverwaltungen und der Reorganisation der in Deutschland im Untergrund verbliebenen Kommunisten zum Einsatz. Das Operationsgebiet der Gruppe erstreckte sich über die gesamte 1. Ukrainische Front von Dresden über Cottbus bis nach Wittenberg an der Elbe.[37] So konnte schon am 19. Mai 1945 an Wilhelm Pieck nach Moskau gemeldet werden, daß die »Gruppe Ackermann« auf die großen Städte verteilt sei und unter anderem in den Magistraten von Dresden, Görlitz, Wittenberg und Cottbus in der Mark Brandenburg arbeite.[38]

Ähnlich war die Situation für die »Gruppe Sobottka«, die im Operationsbereich der 2. Belorussischen Front mit Schwerpunkt in Mecklenburg-Vorpommern agierte. Berührungspunkte gab es hier besonders mit den nordöstlichen Ausläufern der Provinz Brandenburg. So verließ Fritz Kahmann Stettin am 14. Mai 1945 in Richtung Gransee, von wo er nach Burow, Perleberg, Putlitz und in andere Städte weiterreiste.[39] Herbert Hentschke war seit dem 18. Mai 1945 unter anderem in den Städten Schwedt, Angermünde, Templin, Lynchen, Fürstenberg, Pritzwalk, Wittstock, Meyenburg und Freyenstein unterwegs.[40]

Aber anders als in Berlin, Sachsen und auch Mecklenburg-Vorpommern konnten die Exilkommunisten in Brandenburg beim Aufbau der Verwal-

36 Willy SÄGEBRECHT, *Ich erhielt den Auftrag zum Aufbau der Bezirksleitung Brandenburg*, in: *Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED. Mit einem Vorwort von Walter Ulbricht*, Berlin (Ost) 1966, S. 552-564, S. 552-554.

37 Anton ACKERMANN, *Der Weg zur Einheit*, in: *Vereint sind wir alles* (wie Anm. 36), S. 65-86, S. 78.

38 Bericht A. S. Panuschkin an Wilhelm Pieck, o.O., 19. Mai 1945, SAPMO, NL Wilhelm Pieck, NY 4 036/734. In Cottbus hatte die lokale Selbstverwaltung bereits auf Befehl des sowjetischen Kampfkommandanten Ende April 1945 zu arbeiten begonnen. Am 22. April 1945 forderte Gardemajor Dimitri Tscherwjakow das KPD-Mitglied Max Döring auf, die Bürgermeisterei zu übernehmen. Die erste Sitzung der Cottbuser Selbstverwaltung fand am 28. April 1945 statt. Vgl. Heinz PETZOLD, *Cottbus zwischen Januar und Mai 1945*, in: *Brandenburg im Jahr 1945* (wie Anm. 20), S. 106-135, S. 126-128.

39 Bericht Fritz Kahmann über durchgeführte Versammlungen in der Zeit vom 14. Mai 1945 bis 4. Juni 1945, o.O., 5. Juni 1945, Mecklenburgisches Landeshauptarchiv (MLHA), KPD I/1.

40 Zusammenfassender Bericht Herbert Hentschke, o.O., 6. Juni 1945, MLHA, KPD I/1.

tungen und politischen Strukturen in den ersten Wochen im wesentlichen nur auf die Peripherie sowie auf die im Umland Berlins gelegenen Gebiete zugreifen. Die Moskauer Nachkriegsplanungen ließen sich somit im Gebiet der Mark Brandenburg zunächst nur partiell durchsetzen.[41] Erst hierdurch erklärt sich, daß noch bis Anfang 1946 in manchen Ortsgruppen der KPD ein erhebliches »Sektierertum« vorhanden war. Ein Umstand, der auch die Gründung und Entwicklung der CDU erheblich hemmte, da zahlreiche KPD-Ortsgruppen eine Zusammenarbeit mit CDU und LDP ablehnten. Für die Gründung der Union in Brandenburg war damit vielfach eine ungünstige Ausgangslage geschaffen. Dies zeigte sich nicht nur im Atmosphärischen, sondern auch darin, daß die KPD-Ortsgruppen in der Zulassungsfrage negativ auf die Kommandanturen und Stadtverwaltungen einwirkten. Charakteristisch hierfür war die Entwicklung in Bernau. Dort hatten die Kommunisten alle Verwaltungsfunktionen mit ihren Mitgliedern besetzt und entgegen der KPD-Blockkonzeption keine Sozialdemokraten und Parteilosen mit eingebunden.[42] Ähnlich war die Lage in zahlreichen anderen Städten.[43] In Luckenwalde erklärte der KPD-Vorsitzende, Meyer, gegenüber den in einem provisorischen gemeinsamen Parteiausschuß vereinigten Genossen aus KPD und SPD: »Wir sind heute die Bannerträger der neuen Zeit.« Die Aufgabe sei jetzt die »Eroberung des Staatsapparates«.[44] Zu Vorbildern erklärte der KPD-Funktionär Lenin, Marx, Engels und Stalin.

Die KPD-Bezirksleitung reagierte auf diese Entwicklung in einem Rundschreiben an die Kreisleitungen, in dem sie es als grundfalsch bezeichnete, daß KPD-Mitglieder den organisatorischen Aufbau »bürgerlich-demokratischer« Parteien behinderten, denn »damit würden unsere Genossen die Kontrolle über die anderen Gruppierungen der nichtmarxistischen Parteien verlieren.«[45]

Ungeachtet dessen mußte Erwin Trautmann, der Ende Januar 1946 auf einer Werbereise für die CDU in den Kreisen Oberbarnim und Lebus unterwegs war, an die Brandenburger Parteileitung berichten, daß Ortsgruppengründungen der Union nach wie vor massiv behindert würden: »Der

41 Zu den KPD-Nachkriegsplanungen vgl. *»Nach Hitler kommen wir« – Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland*, hrsg. von Peter ERLER/Horst LAUDE/Manfred WILKE, Berlin 1994.

42 W. SÄGEBRECHT, *Ich erhielt den Auftrag zum Aufbau der Bezirksleitung Brandenburg* (wie Anm. 36), S. 554 f.

43 Vgl. hierzu Berichte Willy Sägebrecht über die Lage und den Parteiaufbau der KPD in der Provinz Brandenburg, 7. Juni 1945 und 18. Juni 1945, SAPMO, NY 4 182/853.

44 Protokoll einer Versammlung von KPD- und SPD-Funktionären (Nachmittagssitzung) am 7. Juni 1945, Luckenwalde, 7. Juni 1945, SAPMO, RY 1/I 3/1-2/114.

45 Rundschreiben der KPD-Bezirksleitung an die Kreisleitungen der KPD, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep. 330, I/2/5. Zit. nach F. REINERT, *Brandenburgs Parteien 1945-1950* (wie Anm. 32), S. 46.

Terror der KPD-Bürgermeister ist in allen Orten, die ich besucht habe, ein vollständiger, mit Ausnahme in der Gemeinde Neuhardenberg. Die Bauern sind sehr verängstigt und haben sich zum Teil in die KPD durch Bedrohungen pressen lassen. [...] Man kann von einer absoluten und sehr ernsten Beeinträchtigung der Gründung unserer Partei in den einzelnen Gemeinden sprechen. Die Bürgermeister bedienen sich dabei vor allen Dingen der Roten Armee und verleihen ihren Aufforderungen stets damit Nachdruck, indem die deutschen Menschen mit Verhaftung durch die Russen bedroht werden; die Einschüchterung der Deutschen in den von mir besuchten Gemeinden ist als total zu bezeichnen.«[46]

Vor diesem Hintergrund kam es innerhalb der ersten Monate noch zu zahlreichen Entlassungen und Umbesetzungen bei den Kreis- und Bezirksverwaltungen. Von 22 Landräten, 22 Kreisräten und 9 Oberbürgermeistern, die noch vor Bestehen der Provinzialverwaltung ihre Arbeit aufgenommen hatten, wurde rund die Hälfte wieder abgelöst.[47] Nach Bestätigung der Provinzialverwaltung Anfang Juli 1945 hatte die SMAD durch Befehl Nr. 13 vom 25. Juli 1945 die Schaffung von vier Verwaltungsbezirken angeordnet.[48] Der Verwaltungsaufbau war damit in Brandenburg wie auch in den anderen Ländern noch vor Gründung der CDU abgeschlossen. Eine parteipolitische Zusammensetzung der Behördenangestellten aus dem April 1946 zeigt, daß die CDU in der Brandenburgischen Verwaltung kaum repräsentiert war. Von insgesamt 46 759 Angestellten gehörten nur 714 der

---

46 Bericht über die Werbereise von Erwin Trautmann für die CDU in den Kreisen Oberbarnim und Lebus vom 24. Jan.-2. Febr. 1946, o.O., 5. Febr. 1946, ACDP III-033-111.

47 *Bericht der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg über die politische und moralische Säuberung und Festigung der Kreis- und Gemeindeverwaltungen für die Zeit von Mitte 1945 bis Mai 1946, Potsdam Mai 1946*, in: *Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945/46. Quellenedition*, Berlin (Ost) 1989, S. 252-254, S. 253.

48 In dem Befehl Nr. 13 der SMAD vom 25. Juli 1945 (Abdruck in: *Neue Zeit*, Nr. 5, 27. Juli 1945, S. 2) hieß es: »Zwecks Besserung der administrativen Leitung der Provinz Brandenburg befehle ich: Die Provinz Brandenburg [ist] in die vier folgenden Verwaltungsbezirke zu teilen: Bezirk Brandenburg mit dem Sitz in der Stadt Brandenburg. Der Bezirk setzt sich zusammen aus den Kreisen: Westprignitz, Ostprignitz, Ruppin, Westhavelland, Zauch-Belzig. Bezirk Berlin mit dem Sitz in der Stadt Bernau. Der Bezirk setzt sich zusammen aus den Kreisen: Niederbarnim, Beeskow-Storkow, Teltow, Osthavelland. Bezirk Eberswalde mit dem Sitz in der Stadt Eberswalde. Der Bezirk setzt sich zusammen aus den Kreisen: Prenzlau, Templin, Angermünde, Oberbarnim, Lebus. Bezirk Cottbus mit dem Sitz in der Stadt Cottbus. Der Bezirk setzt sich zusammen aus den Kreisen: Guben, Cottbus, Sorau, Spremberg, Kalau, Luckau, Jüterbog-Luckenwalde. Der Sitz der Provinz Brandenburg, die Stadt Potsdam, ist der Provinzialverwaltung zu unterstellen.« Zur Entstehung und Tätigkeit der als Oberlandratsämter bezeichneten Verwaltungsbezirke vgl. auch Walter MICKIN/Willi GEORGINO, *Macht des schweren Anfangs. Studien über das Oberlandratsamt Brandenburg/Havel 1945-1947*, hrsg. von der Bezirksleitung Potsdam der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Potsdam 1989.

CDU an. Der Anteil der LDP war sogar noch geringer. Sie stellte lediglich 332 Angestellte. Demgegenüber waren 15 662 Angestellte Mitglieder der SED, 28 106 waren parteilos.[49]

Gründung der CDU in Potsdam

In Potsdam hatte man offenbar erst nach dem Berliner CDU-Aufruf »Deutsches Volk!« vom 26. Juni 1945 von der Gründung einer christlichen Partei erfahren.[50] So hörten Wilhelm und Erika Wolf auch von der Einladung zur CDUD-Gründungsversammlung am 22. Juli 1945 im Theater am Schiffbauerdamm, zu der man sich mit dem Fahrrad von Potsdam nach Berlin auf den Weg machte.[51] Da Fahrräder im zerstörten Berlin nicht zuletzt für Rotarmisten ein begehrtes Beuteobjekt darstellten, war es kein Zufall, daß die Einladung zur Gründungskundgebung der Union den Hinweis enthielt: »Für die Unterbringung von Fahrrädern wird gesorgt!«[52] Vor allem die Rede von Hermes stieß auf breite Zustimmung. Als man nach Potsdam zurückgekehrt war, wurde der Kontakt zu Menschen gleicher Gesinnung gesucht. Bald darauf übernahm es Wilhelm Wolf, den Kreisverband in Potsdam und den Landesverband Brandenburg aufzubauen.

Der 1899 geborene Katholik Wolf stammte aus Styrum im Rheinland. Nach seiner staatswissenschaftlichen Promotion im Jahre 1930 arbeitete er zunächst in verschiedenen Mittelstandsorganisationen und wurde dann selbständiger Kaufmann. Nach dem Zusammenbruch erarbeitete Wolf, der bis 1945 keiner politischen Organisation angehört hatte, mit seiner Frau und einigen Freunden ein politisches Programm, das sich, wie Wolf angibt,

---

49 Zusammenstellung *»Das politische Bild der Behördenangestellten, Stand am 25. April 1946«*, in: *Bericht der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg über die politische und moralische Säuberung und Festigung der Kreis- und Gemeindeverwaltungen für die Zeit von Mitte 1945 bis Mai 1946*, Potsdam Mai 1946 (wie Anm. 47), S. 253.

50 Der Aufruf wurde am 26. Juni 1945 vermutlich zunächst als Flugblatt oder Handzettel in kleiner Stückzahl publik gemacht. Verschiedene Ausgaben des Aufrufes sind unter anderem auch im Großformat überliefert in: ACDP VII-011-2376. Der Aufruf erschien erstmals am 29. Juni 1945 in der Berliner Zeitung. Vgl. *»Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands«*, in: *Berliner Zeitung*, Nr. 39, 29. Juni 1945.

51 Rede Erika Wolf auf der Festveranstaltung »50 Jahre CDU Deutschlands«, in: *Fünfzig Jahre CDU Deutschlands. Festveranstaltung am 28. Juni 1995 in Berlin*, hrsg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn o.D. [1995], S. 50 f. Vgl. auch Erinnerungsbericht Erika Wolf, in: *Materialien der Enquête-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«*, 9 Bde. in 18 Teilbde., Bd. II/1, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Frankfurt/Main 1995, S. 40-44. In einem Zeitzeugengespräch mit den Autoren am 25. August 1995 äußerte Frau Dr. Wolf die Vermutung, daß man durch Plakate auf die Gründungsversammlung der CDUD aufmerksam geworden sei.

52 Einladung der CDUD zur Gründungskundgebung am 22. Juli 1945 im Theater am Schiffbauerdamm, Bundesarchiv Koblenz (BA), NL Jakob Kaiser, N 1 018/129.

»in weitem Maße mit dem der Christlich-Demokratischen Union deckte.«[53] Vor dem Hintergrund der gemeinsamen ideologischen Grundlage kam es nach der Berliner Gründungskundgebung im Theater am Schiffbauerdamm schnell zu einem Anschluß an die CDUD.

Der Potsdamer Kreisverband trat jedoch erst nach der Konstituierung des Landesvorstandes am 27. Oktober 1945 an die Öffentlichkeit. An der Spitze des Kreisverbandes standen Wilhelm Wolf und der 28jährige Hans-Paul Ganter-Gilmans.[54] Ganter-Gilmans war während des Nationalsozialismus wegen »Wehrkraftzersetzung« verurteilt worden und hatte sich nach seiner Flucht zuletzt illegal in Potsdam aufgehalten. 1917 in Wien geboren, besuchte Ganter-Gilmans in Berlin-Schöneiche Volksschule und Gymnasium und studierte anschließend an der Handelshochschule in München und Wien. Politisch gehörte Ganter-Gilmans – seinen eigenen Angaben zufolge – bis 1933 der sozialistischen Jugend an und seit 1937 der rheinischen Freiheitsbewegung.[55] Auf der Potsdamer Gründungsversammlung am 27. Oktober 1945 sprach vor etwa 500 Teilnehmern auch der Parteivorsitzende Andreas Hermes. Bereits Anfang Oktober 1945 hatten sich in einer internen Versammlung im Potsdamer Viktoriagymnasium einige Funktionäre der CDU zusammengefunden, um den Kreisverband der Union offiziell zu gründen und die öffentliche Gründungsversammlung vorzubereiten. Im vorläufigen Vorstand fungierten Wilhelm Wolf als Vorsitzender, Hubertus Graf von Schmettau als Stellvertreter sowie als weiteres Mitglied der Tischlermeister Walter Urban.[56]

Ein präzises Gründungsdatum vor der öffentlichen Versammlung am 27. Oktober 1945 und der internen Funktionärsversammlung am Anfang

---

53 Lebenslauf Wilhelm Wolf, o.D. [vermutlich Sommer/Herbst 1945], ACDP I-652-001/2. Das »politische Programm«, von dem Wilhelm Wolf in seinem Lebenslauf spricht, ist nicht überliefert. Ob es überhaupt schriftlich niedergelegt wurde, ist unklar. Zum Lebenslauf Wolfs vgl. auch »Fragebogen für die Abgeordneten des Landtages der Mark Brandenburg zwecks Anfertigung eines Handbuches«, Dr. Wilhelm Wolf, 10. Juli 1947, ACDP III-033-004.

54 Schreiben der KPD-Kreisleitung Potsdam mit einem Bericht über die Gründungsversammlung der CDU in Potsdam an Willy Sägebrecht, Potsdam, 31. Okt. 1945, BLHA, Rep. 330, I/2/14; außerdem M. UHLEMANN (wie Anm. 24), S. 321. Ganter-Gilmans hatte offenbar kein offizielles Parteiamt im Kreisverband der CDU Potsdam inne. Peter Bloch gibt in seinen Erinnerungen an (vgl. P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation*, wie Anm. 29, S. 51), den Vorsitz des Kreisverbandes habe Hans Egidi geführt. Egidi wurde jedoch erst 1946 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Potsdam.

55 Lebenslauf Staatssekretär Hans-Paul Ganter-Gilmans, o.D. [vermutlich Oktober 1949], ACDP I-652-001/2. Im Nachlaß Karl Grobbel befindet sich eine Zusammenstellung »Gedanken über den wirklichen Lebenslauf des Staatssekretärs Ganter-Gilmans«, Potsdam, 19. Jan. 1952, in der anhand eines Vergleiches von drei Lebensläufen einige Unstimmigkeiten in den Angaben Ganter-Gilmans aufgezeigt werden. Die vermutlich von Grobbel stammende Zusammenstellung in: ACDP I-652-001/4.

56 Artikel *»Kreisverband Potsdam gegründet«*, in: *Neue Zeit*, Nr. 71, 12. Oktober 1945, S. 4.

des Monats läßt sich für die Ortsgruppe Potsdam nicht mehr nachweisen. Doch wurde der Stadtverband vermutlich bereits – zumindest inoffiziell – im August gegründet. Am 8. August 1945 hatte die »Reichsgeschäftsstelle« Hubertus Graf von Schmettau[57] damit beauftragt, in Potsdam-Babelsberg die Gründung und Registrierung einer Ortsgruppe zu veranlassen. Schmettau reichte daraufhin schon am 11. August den Antrag auf Zulassung bei der SMA in Potsdam ein. Der Antrag enthielt den handschriftlichen Eintrag, man bitte um die Genehmigung zur Gründung der Ortsgruppe »für den gesamten Verwaltungsbereich der Stadt Potsdam«.[58] Wahrscheinlich ist daher, daß die Etablierung der Potsdamer Ortsgruppe via Potsdam-Babelsberg in die Wege geleitet wurde. Hierfür spricht auch, daß der Antrag vom 11. August 1945 nicht nur von Hubertus Graf von Schmettau, sondern auch von Wilhelm Wolf und Otto Stegemann unterzeichnet worden war.[59] Es handelte sich somit nicht um eine isolierte Entwicklung, die ausschließlich den Ortsteil Babelsberg betraf. Der knapp drei Wochen nach der Berliner Gründungskundgebung im Theater am Schiffbauerdamm gestellte Zulassungsantrag legt ebenso die Vermutung nahe, daß von Schmettau und Wolf bereits seit einiger Zeit in Kontakt miteinander standen. Möglicherweise handelte es sich bei dem Kreis der Antragsunterzeichner – zumindest zum Teil – um jene Personen, die Wolf als Freundeskreis bezeichnet hatte und mit denen er ein politisches Programm erarbeitete. Auch in dem Antragsschreiben vom 11. August 1945 ist die Rede von einem Programm,[60] das jedoch nicht überliefert ist.

Bereits im Juni 1945 hatte Graf Schmettau gemeinsam mit dem späteren Stadtkämmerer Dr. Friedrich Haas einen programmatischen Entwurf unter dem Titel »Diskussionsgrundlage für die Schaffung eines christlich-sozialen Einheitsblocks« erarbeitet.[61] Grundidee des Entwurfs war die politische

57 In Literatur und wissenschaftlichem Schrifttum findet sich häufig der Name »Schmettow«. Dies ist auf einen Schreib- und Überlieferungsfehler in einigen Dokumenten aus den Sommermonaten des Jahres 1945 zurückzuführen. Aus späteren Schreiben, die den Absender Hubertus Graf von Schmettaus tragen, geht eindeutig hervor, daß der Name »Schmettau« lauten muß.

58 Schreiben Fritz A. Blauel an Hubertus Graf von Schmettau, Berlin, 8. Aug. 1945, sowie Zulassungsantrag an den Militärkommandanten und den Oberbürgermeister von Potsdam, 11. Aug. 1945, ACDP, NL Josef Kannengießer, I-182-011/10. Die beiden Schreiben sind ebenfalls enthalten in ACDP, Materialsammlung Ost-CDU, I-296-001/2 sowie ACDP, Pressearchiv, Ost-CDU, 2/2010.

59 Der Antrag war von insgesamt sieben Personen aus Potsdam und Babelsberg hs. unterzeichnet. Neben von Schmettau, Wolf und Stegemann unterzeichneten Hedda Lindner, Walter Urban, Hermann Tigel [?] und Heinrich Bries [?].

60 In dem Zulassungsantrag vom 11. August 1945 (wie Anm. 58) heißt es: »Dem Programm liegt der Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands vom 26. Juni 1945 zu Grunde, welcher am 29. Juni 1945 in Nr. 39 der Berliner Zeitung veröffentlicht wurde und diesem Schreiben beigefügt ist.«

61 Vgl. »Betrifft: Diskussions-Grundlage für die Schaffung eines christlich-sozialen Ein-

Sammlung aller sozialen Schichten und Konfessionen in einem »christlich-sozialen Einheitsblock« auf Grundlage der christlichen Weltanschauung. Den Sozialismus – quasi als Gegenmodell vor Augen – erklärten Haas und von Schmettau in allen Schattierungen für gescheitert. Ebenso lehnten sie die Schaffung von Parteien, im Sinne einer »Partei des Bürgers« und einer »Partei des Arbeiters«, entschieden ab. Im Kern deckten sich damit ihre Vorstellungen mit den Konzeptionen des Berliner CDUD-Gründerkreises. Ob der Entwurf in Berlin oder Potsdam in einem größeren Kreis diskutiert wurde, ist bislang unklar. Aber es war wahrscheinlich Friedrich Haas, der den Kontakt zum Kreis um Hermes herstellte.[62]

Anfang September 1945 war in Potsdam bereits ein vorläufiger organisatorischer Zusammenschluß erfolgt. Als Kontaktpersonen gab Hermes in einem Schreiben vom 8. September 1945 Wilhelm Wolf, Hubertus Graf von Schmettau und Ministerialrat a.D. Dr. Otmar Feßler an.[63] Vermutlich noch im selben Monat erschien auch in Potsdam und Brandenburg der Berliner CDUD-Aufruf, der bezeichnenderweise weder die Namen des Berliner Gründerkreises enthielt noch die eines Brandenburger Aktionsausschusses. Als Sitz der Landesgeschäftsstelle wurde die Jägerstraße 59/60, in der auch die »Reichsgeschäftsstelle« untergebracht war, angegeben.[64]

Für den Landesverband Brandenburg hatte sich aus dem Kreis der Potsdamer CDU-Gründer Anfang Oktober ein »Aktionsausschuß« gebildet.[65] Aufgabe des »Aktionsausschusses« war die Konstituierung des Landesverbandes und der Aufbau der Kreisverbände und Ortsgruppen im Lande. Wolf und Grobbel hatten zu diesem Zweck von der SMAB eine Bescheinigung erhalten, in der die örtlichen Kommandanten aufgefordert wurden, der Union bei

heitsblocks », o.O., Juni 1945, hs. unterzeichnet von »Dr. Haas« und »von Schmettau«, ACDP I-090-015/1.

62 Zum einen spricht hierfür, daß sich die überlieferte »Diskussionsgrundlage« im Nachlaß Hermes befindet; zum anderen gehörte Haas zu den Mitgründern und ersten Mitgliedern der Union in Berlin (vgl. hierzu Artikel *»Die Stammbücher der Union – Auf breiter Volksgrundlage«*, in: *Neue Zeit*, 30. Juni 1946). Haas war Richter beim Reichswirtschaftsgericht Berlin und 1928 bis 1945 höherer Verwaltungsbeamter der Stadt. Im Oktober 1945 wurde er stellvertretender Leiter des Rechtsamtes beim Magistrat Berlin.

63 Schreiben Hermes an Reinhold Galle, 8. Sept. 1945, ACDP I-090-015/5.

64 Aufruf »Deutsches Volk!«, Landesverband Brandenburg, o.D., ACDP, Landesverband Mecklenburg 1945-1952, III-036-082. Zur Datierung: In einem Schreiben von Karl-Heinz Dildey an die CDUD, Landesverband Brandenburg, vom 26. September 1945 (vgl. ACDP III-033-087) fordert Dildey weitere Exemplare des Aufrufes »Deutsches Volk!« an. In welcher Fassung sich dieser Aufruf befand – in der Berliner Urfassung oder ohne Unterschriften für den Landesverband Brandenburg – geht hieraus nicht eindeutig hervor. Wahrscheinlich handelte es sich jedoch um die Brandenburger Fassung. Ein inhaltlich eigenständiger Aufruf oder ein Aufruf »Deutsches Volk!« des Berliner Kreises mit den Namen eines Brandenburger Aktionsausschusses scheint nicht zu existieren.

65 Organisationsreferat Karl Grobbel auf dem Landesparteitag der CDU Brandenburg am 27./28. April 1946 (wie Anm. 6).

der Gründung von Ortsgruppen keine Schwierigkeiten zu bereiten. Nachdem in den ersten Tagen des Oktobers die Registrierung der CDU-Ortsgruppe Potsdam erfolgt war,[66] zeigte sich Grobbel am Ende des Monats zuversichtlich, auch die Registrierung der CDU für die gesamte Provinz in den nächsten Tagen zu erreichen.[67]

Organisatorische Verflechtung der Landesverbände Berlin und Brandenburg

Die Entwicklung der Potsdamer CDU-Gründung hatte somit zu einer Art »Doppelspitze« beim Aufbau des Landesverbandes Brandenburg geführt. In Berlin war nach wie vor Karl Grobbel mit dem Aufbau der Brandenburger Union betraut, während Wilhelm Wolf am 16. Oktober 1945 als Landesvorsitzender die Führung in Potsdam übernommen hatte. Zwar war auch Grobbel in den Landesvorstand als Geschäftsführer eingebunden, doch arbeitete er in der Landesgeschäftsstelle der CDU Brandenburg in der Berliner Jägerstraße. Dabei konnte sich Grobbel seit Mitte November 1945 voll auf den Aufbau der Brandenburger Union konzentrieren, da er nach Differenzen mit Walther Schreiber und Karl Brammer die Geschäftsführung des Landesverbandes Berlin niedergelegt hatte.[68]

Die Dauerhaftigkeit des zweigleisigen Vorgehens mit der »Doppelspitze« Berlin-Potsdam, die letztlich auf die Berliner Initiative zum Aufbau der Partei in Brandenburg zurückzuführen war, zeigte sich schon daran, daß erst im Herbst 1946 die Geschäftsstelle des Landesverbandes von Berlin in die Alte Wache nach Potsdam verlegt wurde.[69] Damit war es bis zu diesem Zeitpunkt nicht gelungen, in Potsdam eine feste organisatorische Basis zu schaffen, obwohl bereits ein Jahr zuvor die Trennung des gemeinsamen Landesverbandes Berlin-Brandenburg erfolgt war. Eine langfristige organi-

66 Schreiben Grobbel an Oberleutnant Kratin, 13. Okt. 1945, ACDP III-033-087.

67 Schreiben Grobbel an Gerhard Schütze, 30. Okt. 1945, ACDP III-033-087. Das Unterstützungsschreiben der SMAB war auch in russisch ausgestellt und mit einem Stempel versehen worden (Schreiben Grobbel an Propst Borrmann, 27. Okt. 1945, ACDP III-033-045).

68 Lebenslauf Karl Grobbel, Cottbus, 12. März 1953 (wie Anm. 12). Der Hintergrund des Zerwürfnisses zwischen Schreiber und Grobbel ist unklar. Schreiber hatte sich jedoch schon in einem Schreiben an Grobbel am 18. Oktober 1945 (vgl. BA, N 1 018/297) über den zögerlichen organisatorischen Aufbau und die manchmal wochenlang dauernde Aufnahme neuer Mitglieder in den Landesverband Berlin verärgert geäußert. Zum Geschäftsführer für den Landesverband Berlin wurde als Nachfolger Grobbels Max Hampel ernannt (vgl. Rundschreiben Nr. 1 des CDU-Landesverbands Berlin an die Kreisvorsitzenden, 12. Dez. 1945, ACDP, Landesverband Ost-Berlin, III-034-101).

69 Tätigkeitsbericht des Landesverbandes der CDU Brandenburg für den Monat Oktober 1946 an die SMAB, Major Moin, sowie an die Provinzialverwaltung, Vizepräsident Bechler, Potsdam, 5. Nov. 1946, ACDP VII-011-1294.

satorische Verbindung der beiden Landesverbände – möglicherweise in einer dauerhaften organisatorischen Einheit – war indessen aus Sicht des Berliner Gründerkreises von Anfang an nicht geplant. In einem Rundschreiben Ende Juli 1945 hieß es ausdrücklich, daß die Geschäftsführung für die Provinz Mark Brandenburg »vorläufig« in Personalunion von der Berliner Stadtgeschäftsstelle mit übernommen werde.[70]

Die Planungen des Berliner Kreises gingen zu diesem Zeitpunkt zudem davon aus, daß die Geschäftsstelle des Landesverbandes Brandenburg »voraussichtlich« ihren Sitz in der Schlüterstraße 39, in Berlin-Charlottenburg, nehmen werde. Nach der Gründung der Union am 26. Juni 1945 war dort in der 1. Etage ein provisorisches Parteibüro eingerichtet worden. Die Stadtgeschäftsstelle hatte aber unterdessen ihren Umzug in die Jägerstraße 59/60 im Ostteil der Stadt vollzogen, der die »Reichsgeschäftsstelle« bald folgen sollte.[71] Auch die Büroräume der Brandenburger Union wurden schließlich in der Jägerstraße 59/60 eingerichtet. Dies mag auf pragmatische Überlegungen zurückzuführen sein, sicherlich aber auch auf den Umstand, daß die SMAD auf eine Verlegung der Parteizentrale und der Zeitungsredaktion der »Neuen Zeit« in den von ihr kontrollierten Sektor Berlins gedrängt hatte.[72]

Die einheitliche Organisation beim Aufbau der Landesverbände Berlin und Brandenburg war durch den Berliner Gründerkreis allerdings von Anfang an geregelt worden. In den vorläufigen Richtlinien für den Aufbau der Partei in Berlin hieß es bereits Anfang Juli 1945: »Sofern sich in Orten außerhalb des Stadtgebietes Berlin eine Parteibildung vollzieht, muß die Organisation sinngemäß entsprechend diesen Richtlinien aufgebaut werden.«[73] Dabei zielte der Berliner Kreis aber wohl auch auf die christlichen Parteigründungen in allen Gebieten des Reiches. Ursache der organisatorischen Besonderheiten bei der Gründung der CDU in Brandenburg war also keineswegs der Wille, neue parteipolitische Strukturen mit einem gemeinsamen Landesverband Berlin-Brandenburg zu schaffen, sondern vielmehr die naheliegende Überlegung, mit den vorhandenen Mitteln den Aufbau der Union möglichst flächendeckend voranzutreiben. Die Schaffung eines

70 Informationsbrief Nr. 2 (nur für Bezirksverbände und Ortsgruppen) der CDUD, »Reichsgeschäftsstelle«, Berlin, 30. Juli 1945, BA, N 1 018/129.

71 EBD. Der Gründungsausschuß der CDUD hatte am 25. Juli 1945 die sofortige Verlegung der Stadtgeschäftsstelle der CDU Berlin in die Jägerstraße beschlossen (Protokoll der 4. Sitzung des Gründungsausschusses der CDUD am 25. Juli 1945, ACDP VII-010-708).

72 Vgl. Johann Baptist GRADL, *Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945-1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, Köln 1981, S. 23.

73 Vorläufige Richtlinien für die einleitende Arbeit in der Stadt Berlin, Rundbrief Nr. 1 der CDUD »Reichsgeschäftsstelle« als Stadtgeschäftsstelle, Berlin-Charlottenburg, 5. Juli 1945, BA, N 1 018/129.

eigenen Landesverbandes Brandenburg stand auch insofern außer Frage, da Anfang Juli 1945 durch Befehl der SMAD die Provinz Brandenburg als Verwaltungseinheit geschaffen worden war und der Aufbau parteipolitischer Strukturen sich hieran orientierte.

Die organisatorischen Besonderheiten der CDU mit ihrer »Doppelspitze« beim Aufbau des Landesverbandes Brandenburg zeigten einige bemerkenswerte Parallelitäten auch bei den anderen Parteien. Nachdem das Zentralkomitee der KPD in die Berliner Wallstraße verlegt worden war, arbeitete auch dort die Bezirksleitung für die Provinz Brandenburg.[74] Ursache hierfür war unter anderem, daß es bis 1933 keine selbständige KPD-Bezirksparteiorganisation der Mark Brandenburg gegeben hatte. Jene war Bestandteil der Parteiorganisation Berlin-Brandenburg, Lausitz-Grenzmark, gewesen.[75] Am 9. August 1945 beschloß das Sekretariat des ZK der KPD, den Sitz der Bezirksleitung beim ZK in Berlin zu belassen. Am 5. September 1945 wurde der Beschluß jedoch revidiert und eine Verlegung nach Potsdam vereinbart.[76]

Bereits Ende Juni 1945 hatte der KPD-Bezirkssekretär Willy Sägebrecht erfahren, daß sich in der Behrenstraße in Berlin der Vorstand der SPD für die Provinz Brandenburg konstituiert habe, an deren Spitze Friedrich Ebert stand, der Sohn des sozialdemokratischen Reichspräsidenten.[77] Am 1. Oktober 1945 versammelten sich schließlich auch Vertreter von acht Kreisverbänden der LDP aus Brandenburg, um in einer Privatwohnung in Berlin am Kurfürstendamm 173 den Landesverband der Liberaldemokratischen Partei zu bilden.[78] Bemerkenswert war, daß die LDP zu diesem Zeitpunkt noch über keine Ortsgruppe oder einen Kreisverband in Potsdam verfügte. Erst am 13. November 1945 konnte ein Aktionsausschuß zur Bildung einer Potsdamer Ortsgruppe der LDP ins Leben gerufen wer-

74 W. SÄGEBRECHT, *Ich erhielt den Auftrag zum Aufbau der Bezirksleitung Brandenburg* (wie Anm. 36), S. 555.

75 Werner BYSTRY, *Genosse Willy Sägebrecht an der Spitze der Bezirksparteiorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands der Provinz Brandenburg im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse (1945-1946)*, in: *Märkische Heimat. Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirks Potsdam*, Heft 5, Potsdam 1986, S. 4-35, S. 10.

76 Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD am 9. Aug. 1945 und 5. Sept. 1945, in: *Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis April 1946*, bearb. von Günter BENSER und Hans-Joachim KRUSCH unter Mitarbeit von Hans MEUSEL (Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946; 1), München 1993, S. 59 und 78.

77 W. SÄGEBRECHT, *Ich erhielt den Auftrag zum Aufbau der Bezirksleitung Brandenburg* (wie Anm. 36), S. 556.

78 Aktennotiz des Kreisverbandes Teltow der LDP über die Gründung des Landesverbandes der LDP Brandenburg am 1. Oktober 1945, Neue Mühle, 3. Okt. 1945, Archiv des Deutschen Liberalismus (ADL), LDPD, 21 031.

den.[79] Die bereits seit dem 8. Oktober 1945 bestehende Zusammenarbeit der »antifaschistisch-demokratischen« Parteien in Potsdam fand daher zunächst lediglich zwischen KPD, SPD und CDU statt. In diesem bald als Block der »antifaschistisch-demokratischen« Parteien etablierten Gremium brachten die Vertreter der CDU mehrfach Personalfragen auf die Tagesordnung und drängten auf eine Ergänzung des Magistrats.[80]

Aufbau des Landesverbandes Brandenburg

Für den Parteiaufbau in Brandenburg wurde Grobbel nun mit Hilfe der »Reichsgeschäftsstelle« zum Dreh- und Angelpunkt. Dabei ging es zunächst darum, wichtige Informationen über Ortsgruppengründungen zu sammeln und den Kontakt zur Union in Berlin und Potsdam herzustellen. Zahlreiche Ortsgruppen, die vom Aufruf der CDUD »Deutsches Volk!« oder durch andere Informationen von der Gründung der Union gehört hatten, wandten sich nun unmittelbar an die Parteiführung in Berlin. So erreichte die Geschäftsstelle der CDUD im September 1945 ein Schreiben aus Guben, in dem die Gründung einer Ortsgruppe unter Führung des dortigen ehemaligen Zentrumsvorsitzenden, Georg Tilgner, angekündigt wurde.[81]

Besonders wichtig für die Ortsgruppengründungen war eine offizielle Bescheinigung der Landesleitung der CDU Brandenburg für die örtlichen Kommandanturen, die die Mitglieder oder Vorsitzenden der »Aktionsausschüsse« zur Ortsgruppengründung autorisierte. Dennoch kam es teilweise zu erheblichen Behinderungen von seiten einzelner sowjetischer Kreiskommandanten bei der Registrierung der Union, in die sich Grobbel immer wieder einschalten mußte. So forderte etwa der Kommandant für die Zulassung von Ortsgruppen im Stadtkreis Brandenburg Ende September, »daß eine unmittelbare Bestätigung des Marschalls Shukow vorgelegt werden müsse, wonach die Bildung von Ortsgruppen der Christlich-Demokratischen Union in der Provinz genehmigt sei«.[82] Die Schwierigkeiten bei der Registrierung zogen sich in diesem Falle so lange hin, daß der Kreisverband erst am 2. November 1945 registriert wurde, obwohl in der Stadt schon seit An-

79 Vgl. M. UHLEMANN (wie Anm. 24), S. 322.

80 EBD. Die erste Zusammenkunft der drei Parteien am 8. Oktober 1945 fand zunächst als gemeinsame Sitzung des Aktionsausschusses von KPD und SPD mit der CDU statt. Seit dem 15. Oktober 1945 wurden diese Zusammenkünfte dann als Sitzung des Antifaschistischen Blocks Potsdam bezeichnet.

81 Schreiben Georg Tilgner an die CDU in Berlin, Guben, 12. Sept. 1945, ACDP III-033-097.

82 Schreiben Schütze an die CDUD, Landesverband Brandenburg, Brandenburg/Havel, 5. Okt. 1945 und Schreiben Grobbel an Oberleutnant Kratin, 13. Okt. 1945, ACDP III-033-087.

fang August eine Ortsgruppe der CDU bestand.[83] Da die nichtregistrierten CDU-Ortsgruppen weder durch Versammlungen noch durch Flugblätter oder andere Werbemaßnahmen an die Öffentlichkeit treten durften, war hiermit ein Startnachteil gegeben, der ein schnelles Anwachsen der CDU von Anfang an verhinderte. In zahlreichen Fällen bemühte sich Grobbel, die Registrierung durch persönliche Besuche zu beschleunigen, bei denen er sich gemeinsam mit den lokalen Parteivorsitzenden zur entsprechenden Kommandantur begab.[84] Wolf übernahm diese Aufgabe in den Orten des unmittelbaren Umlandes von Potsdam.[85]

Kontakte zu bereits bestehenden Ortsgruppen oder geeigneten Personen für die Gründung der Union kamen auch durch persönliche Besuche in der »Reichsgeschäftsstelle« zustande. So erteilte Grobbel einem Interessenten aus Forst am 23. August 1945 den Auftrag, im Stadt- und Landkreis sowie im weiteren Bereich der Niederlausitz Ortsgruppen der CDU zu gründen. Bei einer ersten Mitgliederversammlung in Forst am 7. September 1945 behalf man sich zunächst damit, daß man die Ziele der Union durch Verlesung der programmatischen Rede von Hermes, die dieser bei der Gründungskundgebung im Theater am Schiffbauerdamm gehalten hatte, verdeutlichte.[86] Andererseits erklärten sich auch Berliner Mitglieder der Union dazu bereit, sich persönlich beim Aufbau der CDU in Brandenburg zu engagieren. So begaben sich am 1. September 1945 der Berliner Rechtsanwalt Pinten und der Geschäftsführer Hüsgen nach Neuruppin, um dort die Verhandlungen über den Aufbau eines Kreisverbandes der CDU fortzusetzen. Über den örtlichen Pfarrer hatte man die Anschrift eines Studienrates erhalten, der sich bereit erklärte, den Vorsitz des Kreisverbandes zu übernehmen.[87]

Zweifellos war der gemeinsame Sitz von Landes- und »Reichsgeschäftsstelle« auch von Vorteil. Einlaufende Informationen konnten so auf direktem Wege an Grobbel weitergegeben werden, dieser war über die Berliner Entwicklungen informiert und konnte sich mit der »Reichsgeschäftsstelle« jederzeit abstimmen. Dem Landesverband fehlte jedoch so ein Zentrum in der Provinzhauptstadt Potsdam. Die hiermit im Zusammenhang stehenden

---

83 Schreiben Schütze an den Vorsitzenden der KPD Stadt Brandenburg, Brandenburg/Havel, 6. Nov. 1945, BLHA, Rep. 330, I/3/113.

84 Bericht Grobbel über Besuche verschiedener Kreis- und Ortsverbände der CDU Brandenburg im Zeitraum vom 8.-23. Nov. 1945, ACDP III-033-111.

85 Schreiben H. Hallich an die »Reichsgeschäftsstelle« der CDUD, Alt-Töplitz, 25. Nov. 1945, ACDP III-033-103.

86 Schreiben CDU-Ortsgruppe Forst (Lausitz) an den Landesverband Brandenburg der CDUD, Forst (Lausitz), 13. Sept. 1945, ACDP III-033-030.

87 Bericht des Rechtsanwalts L. Pinten über die Gründung eines Kreisverbandes der CDU zu Neuruppin, Berlin, 6. Sept. 1945, ACDP III-033-074. Am 18. September 1945 teilte der Kreisverband Ruppin der »Reichsgeschäftsstelle« auf einer Postkarte mit (vgl. ebd.), die Union sei nun für die Stadt und den Kreis Ruppin zugelassen.

Schwierigkeiten bei der Gründung einzelner Ortsgruppen in Brandenburg verdeutlichte ein Schreiben aus Töplitz vom 25. November 1945 an die »Reichsgeschäftsstelle« der Union: »Nach wochenlangen vergeblichen Bemühungen, eine Verbindung mit Ihrer Bezirksgeschäftsstelle Potsdam herzustellen – die unauffindbar war – ist dies jetzt endlich gelungen, und ich habe hier die Ortsgruppe Insel Töplitz der Union gegründet. Die Insel Töplitz umfaßt die Orte Göttin, Neu-Töplitz, Alt-Töplitz und Leest. Sie grenzt unmittelbar an das Potsdamer Stadtgebiet und ist insoweit als Vorort von Potsdam anzusprechen, gehört jedoch vorläufig noch zum Kreise Zauch-Belzig. [...] Leider muß ich feststellen, daß wir mit der Werbearbeit, wie überhaupt mit der Gründung der Ortsgruppe, mindestens zwei Monate zu spät zugange sind. Die SPD hat uns in erheblichem Umfang Mitglieder weggenommen, die wir in unsere Reihen hineinbekommen hätten. Die KPD erschwert uns in empfindlicher Weise unsere Werbearbeit, weil der hiesige Leiter der Ortsgruppe es verstanden hat, die ganze Insel genau nach dem üblen Vorbild der Nazis zu terrorisieren, so daß die Leute ganz unverblümt bekennen, daß sie Furcht haben, in die Union einzutreten, weil sie irgendwelche Racheakte oder Zwangsmaßnahmen der KPD deshalb zu gewärtigen haben.«[88]

Das Schreiben machte deutlich, daß die Verbindung der beiden Landesverbände Berlin und Brandenburg sich für den Aufbau der Organisation auch nachteilig auswirkte. Obwohl Berlin und die dort etablierte »Reichsgeschäftsstelle« scheinbar in greifbarer Nähe lagen, so blieben sie doch unter den gegebenen Verkehrsverhältnissen für den Brandenburger Raum nahezu unerreichbar. Bis zur Verlegung der Landesgeschäftsstelle der CDU Brandenburg in die Alte Wache nach Potsdam im Herbst 1946 fehlte somit ein sichtbares Zentrum der Union, von wo der Parteiaufbau vor Ort hätte organisiert werden können. Die vermutlich im November 1945 eingerichtete Geschäftsstelle der Potsdamer CDU-Ortsgruppe in der Brandenburger Straße 12 konnte diese Aufgabe nur unzureichend übernehmen.[89] Eine Ver-

88 Schreiben H. Hallich an die »Reichsgeschäftsstelle« der CDUD, Alt-Töplitz, 25. Nov. 1945 (wie Anm. 85).

89 Wann die Geschäftsstelle der CDU Potsdam eingerichtet wurde und wie leistungsfähig sie war, läßt sich nicht mehr genau feststellen. Noch Anfang November 1945 erreichte Wolf ein Schreiben unter seiner Privatanschrift in der Sedanstraße 8 (Schreiben Gerhard Schütze an Wilhelm Wolf, Abschrift, Brandenburg/Havel, 4. Nov. 1945, ACDP III-033-016). Die Anschrift Sedanstraße 8 hatte Wolf bereits bei der Unterzeichnung des Registrierungsantrages für die Ortsgruppe Potsdam-Babelsberg am 11. August 1945 angegeben. In einem Schreiben Graf Schmettaus an den CDU-Kreisverband Potsdam vom 13. November 1945 ist als Anschrift bereits die Brandenburger Straße 12 angegeben (Schreiben von Schmettau an Wolf, Kreisverband der CDU Potsdam, Brandenburger Straße 12, Potsdam, 13. Nov. 1945, ACDP III-033-016). Zu Weihnachten 1945 erschien schließlich ein Aufruf der Parteien und anderer Organisationen Potsdams »Schenkt Potsdams Kindern eine glückliche Friedensweihnacht«. Als Geschäftsstelle

besserung der Kommunikation innerhalb der Brandenburger Union wurde zunächst vor allem dadurch erreicht, daß der Landesverband am 18. Oktober 1945 mit der Versendung regelmäßiger Rundschreiben an die Ortsgruppen begann.[90]

Um den Aufbau der Partei weiter voranzutreiben, versandte Grobbel Anfang November 1945 zahlreiche Schreiben an katholische Pfarrämter in Brandenburg.[91] Dabei ging es ihm in erster Linie um die Vermittlung von Namen und Anschriften geeigneter Persönlichkeiten, die für den Aufbau der Union herangezogen werden konnten. An eine Mitarbeit der Pfarrer selbst war wohl weniger gedacht. Auch einzelne Personen, die der Landesgeschäftsstelle als mögliche Interessenten genannt worden waren, wurden angeschrieben und zur Mitarbeit oder Gründung von »Aktionsausschüssen« aufgefordert.[92] Anfang 1946 wurde der protestantische Bauer Erwin Trautmann auf Werbereisen in die Kreise Oberbarnim, Lebus und Westprignitz entsandt.[93] Trautmann, der den überwiegenden Teil seiner Reisen zu Fuß zurücklegte, sollte dabei vor allem in den ländlichen Gebieten die Gründung von Ortsgruppen initiieren.

Das Eingreifen und die Steuerung des Gründungsprozesses durch die Landesgeschäftsstelle der CDU Brandenburg in Berlin ließ immer stärker das Bild einer zumindest in weiten Teilen initiierten Gründung von oben erkennen. Die Aktivitäten Trautmanns standen vermutlich auch im Zusammenhang mit einem Schreiben des Kleinmachnower CDU-Ortsvorsitzenden, Peter Bloch, der sich im Januar 1946 an den Landesvorstand und sämtliche Kreisvorsitzende des Landesverbandes wandte. In dem Schreiben bemängelte Bloch, daß die Brandenburger Union bisher lediglich in einigen organisatorischen Rundschreiben in Erscheinung getreten sei. Bei der ungünstigen Struktur der Provinz Brandenburg und den besonderen Schwierigkeiten in

---

der CDU Potsdams wurde hier die Brandenburger Straße 12 genannt (Faksimile des Aufrufes vgl. Brandenburg im Jahr 1945 [wie Anm. 20], S. 356). Erich Ebert gibt in einem Schreiben an die Verfasserin vom 9. Januar 1996 an, die Geschäftsstelle der CDU Potsdam sei bereits im Oktober 1945 eingerichtet worden.

90 Rundschreiben Br.O. 1/1945 der CDUD, Landesverband Brandenburg, Berlin, 18. Okt. 1945, ACDP III-033-016. Die Rundschreiben Br.O. 2/1945 und Br.O. 3/1945 des CDU-Landesverbandes Brandenburg datieren vom 22. November 1945 bzw. 17. Dezember 1945, ACDP III-033-035.

91 Schreiben der CDUD, Landesverband Brandenburg, Karl Grobbel, an verschiedene katholische Pfarrämter, Berlin, 3. Nov. 1945 und 6. Nov. 1945, ACDP III-033-035.

92 Vgl. beispielsweise Schreiben Grobbel an von Tilly in Friedrichshof bei Altreetz (Kreis Oberbarnim), 3. Dez. 1945, ACDP III-033-039.

93 Bericht über die Werbereise von Erwin Trautmann für die CDU in den Kreisen Oberbarnim und Lebus (wie Anm. 46); Bericht Nr. 2 über die Werbereise von Erwin Trautmann für die CDU in dem Kreis Westprignitz vom 9.-23. Febr. 1946, o.O., 28. Febr. 1946, ACDP III-033-111.

den östlichen Gebieten müsse eine sofortige Initiative des Landesverbandes einsetzen, um die Gründung weiterer Ortsgruppen voranzubringen.[94]

Schwierigkeiten zeigten sich auch bei der konfessionellen Zusammensetzung mancher Ortsgruppen, die überwiegend aus katholischen Mitgliedern bestanden. So mußte Grobbel in einem Schreiben an die Ortsgruppe Petershagen bei Berlin den Vorsitzenden dazu auffordern, »mit allen Mitteln darauf hinzuarbeiten, daß eine größere Anzahl Angehöriger der evangelischen Kirche der Ortsgruppe und auch dem Aktionsausschuß beitritt«.[95] Auch Trautmann mußte aus Perleberg und Wittenberge berichten, daß die Ortsgruppen dort »gewissermaßen katholisch aufgezogen worden« seien. Bei einem Bevölkerungsanteil von nur fünf Prozent Katholiken waren in beiden Orten die führenden Persönlichkeiten und mehr als die Hälfte der Mitglieder katholischer Konfession. Vor allem die LDP nutzte dies, um im Kreis Westprignitz gegenüber der CDU den Vorwurf zu erheben, sie sei eine Neuauflage des alten Zentrums.[96] Konfessionelle Gegensätze zwischen den beiden Kirchen und den aktiven Laien, so auch in der Niederlausitz,[97] behinderten somit mancherorts den Aufbau der Union.

Ortsgruppengründungen

Nicht überall mußte vom Landesverband der Anstoß zur Gründung neuer Ortsgruppen und Kreisverbände gegeben werden. Zahlreiche Ortsgruppen waren bereits im August und September 1945 selbständig gegründet worden. Zwar war eine größere geographische Nähe zu Berlin häufig von Vorteil und förderte eine schnelle Gründung der Union wie das Beispiel Kleinmachnows und des Kreises Teltow zeigte,[98] doch wurden auch in den weit entlegenen Kreisen wie etwa in Cottbus unmittelbar nach Kriegsende und zunächst unabhängig von der Entwicklung in Berlin Aktivitäten zur Gründung einer christlichen Partei entfaltet.

In Cottbus fand die Gründungsversammlung der CDU am 21. August

94 Schreiben Bloch an den Vorsitzenden des Landesverbandes Brandenburg sowie die Vorsitzenden der Kreisverbände, Abschrift, Kleinmachnow, 23. Jan. 1946, ACDP III-033-123.

95 Schreiben Grobbel an die CDU-Ortsgruppe Petershagen, 15. Dez. 1945, ACDP III-033-018. Vgl. hierzu auch das Schreiben Grobbels an die CDU-Ortsgruppe Petershagen vom 6. November 1945 (ebd.), in dem unter Bezug auf die Beschwerde eines protestantischen Interessenten berichtet wird, die Ortsgruppe setze sich lediglich aus Katholiken und ehemaligen Zentrumsmitgliedern zusammen.

96 Bericht Nr. 2 über die Werbereise von Erwin Trautmann für die CDU in dem Kreis Westprignitz (wie Anm. 93).

97 Schreiben Grobbel an Rechtsanwalt Axhausen, 3. Dez. 1945, ACDP III-033-115.

98 Zur Gründung der CDU in Teltow vgl. Bericht Erich Schmelz über die Arbeit im Kreise Teltow in der Zeit vom 5. Juli-30. Sept. 1945, ACDP III-033-122; außerdem P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation* (wie Anm. 29), S. 51.

1945 im »Deutschen Haus« statt. Zu ihr hatte ein »Aktionsausschuß« unter Führung von Willy Heller, seit 1919 Mitglied des Christlichen Metallarbeiterverbandes, aufgerufen. Zum Gründerkreis gehörten ferner Heinrich Kaliner, Hermann Fritsche und Felix Hampel. Die Gründung der CDU in Cottbus erfolgte zunächst ohne den Einfluß Berlins oder Potsdams und stand in engem Zusammenhang mit den örtlichen Aktivitäten des »Antifaschistischen Ausschusses«. Von der Cottbuser Gründung erfuhr man in Berlin erst ausführlich durch eine Mitteilung an die »Neue Zeit«.[99]

Nach dem Einmarsch der Roten Armee war Willy Heller durch Zufall am 1. Mai 1945 mit der Leitung des Ernährungsamtes durch den russischen Stadtkommandanten betraut worden.[100] Als am 26. Juni 1945 in Cottbus ein »Antifaschistisches Komitee« gegründet wurde, in dem Kommunisten, Sozialdemokraten und Vertreter der Zentrumspartei zusammenarbeiten sollten, wurde Heller gebeten, sich für das Zentrum zur Verfügung zu stellen.[101] Die Aufforderung hierzu erging von der sowjetischen Besatzungsmacht und war Heller vom Vorsitzenden der KPD überbracht worden. Als Heller sich zunächst sträubte, erschien am folgenden Tag ein sowjetischer Besatzungsoffizier und verlangte, daß er die Zentrumspartei gründen solle.[102] Zu einem ersten öffentlichen Auftritt Hellers kam es am 30. Juni 1945 im Rahmen einer Kundgebung des »Antifaschistischen Blocks«. In seiner Rede forderte Heller zur Zusammenarbeit aller Christen in der Stadt auf und sprach den Wunsch nach einer Partei aus, »die aus der Verantwortung des Christentums heraus ihre Arbeit leistet.«[103] Die Wiederbelebung einer nur die katholischen Christen umfassenden Zentrumspartei war somit auch von Heller nicht beabsichtigt. Daß es in Cottbus überhaupt zur vorläufigen Gründung des Zentrums kam, war ausschließlich auf den Einfluß der sowjetischen Besatzungsoffiziere sowie der KPD zurückzuführen. Bereits Ende Juli 1945 erschien aus Berlin Germanus Theiss in Cottbus und forderte Heller auf, unter keinen Umständen die Zentrumspartei ins Leben zu rufen, sondern die CDU zu gründen. Da der von Theiss mitgebrachte Aufruf der CDUD »Deut-

99 Schreiben Heinrich Kaliner an die Redaktion der »Neuen Zeit« sowie beigefügter Bericht über die Gründungsversammlung am 21. Aug. 1945, Cottbus, 22. Aug. 1945, ACDP III-033-014; Schreiben Grobbel an Kaliner, 6. Sept. 1945, ebd.; außerdem F. KIND (wie Anm. 1), S. 12.

100 Vgl. Willy HELLER, *Die Stunde Null. Ende und Neubeginn 1945. Briefe und Tagebuch*, bearb. und hrsg. von Engelbert HELLER, Davos 1982, S. 66, ACDP, NL Willy Heller, I-255-001/3.

101 EBD., S. 77.

102 Vgl. Willy HELLER, *In der Sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1949*, Manuskript eines auf Tonband gesprochenen Erinnerungsberichtes (27. April-2. Mai 1980), S. 20 ff., ACDP I-255-001/2.

103 EBD., S. 25.

sches Volk!« mit den Gedanken und Ideen Hellers übereinstimmte, konnte auch in Cottbus am 21. August 1945 die CDU gegründet werden.[104]

Wie in Cottbus wurden auch andere Ortsgruppengründungen von außen angestoßen. Die anfänglich von zahlreichen KPD-Funktionären betriebene Politik der Ausgrenzung gegenüber anderen politischen Gruppierungen versuchte die Brandenburger KPD-Bezirksleitung mit Hilfe zahlreicher Funktionärskonferenzen zu korrigieren. Im Kreis Westhavelland beschloß etwa die Bezirkskonferenz der KPD am 24. Juni 1945 einen Maßnahmenkatalog »zur Sicherung der engsten Zusammenarbeit«.[105] Punkt a. des Maßnahmenplans sah die gemeinsame Aufstellung einer Liste des Stadtbeirats unter Berücksichtigung der Demokraten und des Zentrums vor, Punkt b. verlangte die Bildung des »antifaschistischen, demokratischen Blockes« sowie ein gemeinsames Aufsuchen der Vertreter der übrigen Parteien.

Auch in Perleberg bestand Ende August schon eine christliche Partei, die in den Protokollen des dortigen »Antifaschistischen Blocks« noch als Christlich-Soziale Union bzw. Christlich-Soziale Partei bezeichnet wird.[106] In Erkner bei Berlin hatte Germanus Theiss die Gründung einer Ortsgruppe initiiert, die Mitte September bereits über 60 Mitglieder verfügte.[107] Aus Belzig meldete der katholische Pfarrer Tschetschog Anfang September, daß sich in der Stadt eine CDU-Ortsgruppe gegründet habe. Als Geschäftsführer zum Aufbau des Kreisverbandes Zauch-Belzig habe der Aktionsausschuß den Justizobersekretär Zientek bestellt.[108] Pfarrer Tschetschog, der maßgeblich an der kampflosen Übergabe der Stadt Belzig an die Truppen der Roten Armee beteiligt war, stellte sich schließlich am 10. November 1945 als Kreisvorsitzender der CDU beim Kommandanten der SMA vor.[109]

In Eberswalde ergriff Karl-Heinz Dildey die Initiative und rief am 3. September 1945 eine Ortsgruppe der CDU ins Leben. Mitglied des Aktionsausschusses war auch das ehemalige Zentrumsmitglied Carl Bongartz, der Mitte Dezember den Vorsitz der Ortsgruppe übernahm.[110] Der Aufbau

104 EBD., S. 27 f. In seinem Tagebuch gibt Heller (W. HELLER, *Die Stunde Null. Ende und Neubeginn 1945*, wie Anm. 100, S. 84) den 29. August 1945 als Gründungsdatum der Ortsgruppe Cottbus an.

105 Bericht über die Bezirkskonferenz der KPD im Kreis Westhavelland am 24. Juni 1945, SAPMO, NY 4 182/853.

106 Protokoll der außerordentlichen Sitzung des »Antifaschistischen Blocks« Perleberg am 26. Aug. 1945 und Protokoll der Sitzung des »Antifaschistischen Blocks« Perleberg am 27. Aug. 1945, ACDP III-033-181.

107 Schreiben der Ortsgruppe Erkner an die CDU-Geschäftsstelle der Provinz Brandenburg, Erkner, 17. Sept. 1945, ACDP III-033-017.

108 Schreiben Tschetschog und Zientek an die »Reichsgeschäftsstelle« der CDUD, Belzig, 6. Sept. 1945, ACDP III-033-103.

109 F. KIND (wie Anm. 1), S. 12.

110 Postkarte Karl-Heinz Dildey an die »Reichsgeschäftsstelle« der CDUD, Eberswalde,

der Ortsgruppe in den folgenden Monaten zeigte exemplarisch mit welchen logistischen Schwierigkeiten die Union, insbesondere in den ländlichen Gegenden, in den ersten beiden Jahren, zu kämpfen hatte. Eines der Hauptprobleme war die mangelnde Belieferung mit der »Neuen Zeit«.[111] Eine koordinierte Politik, ein einheitliches Auftreten etwa in der Bodenreformfrage, konnte ohne erforderlichen Informationsfluß nur schwerlich erreicht werden. Dies galt zumal, da die Zeitung der CDU im Land Brandenburg, »Märkische Union«, erst ab dem 3. Februar 1948 erschien! Das Engagement der CDU-Gründer war angesichts dieser Schwierigkeiten beachtlich. So gelang es der Ortsgruppe Eberswalde, den Aufruf »Deutsches Volk!« in altdeutscher Schrift mit dem Hinweis auf die eigene Geschäftsstelle in der Buchdruckerei des Pestalozzi-Waisenhauses in Eberswalde herauszubringen.[112] Ein ausgesprochen seltener Fall, der für einen hohen Einsatz der örtlichen Gründer spricht, da in der Regel der Berliner Gründungsaufruf lediglich mit den Adressen der jeweiligen Landesverbände erschien.

In der Stadt Brandenburg konstituierte sich die Partei am 3. August 1945. Dem vorläufigen Vorstand gehörten als erster Vorsitzender der Rechtsanwalt und Notar Dr. Gerhard Schütze und als zweiter Vorsitzender Stadtrat Wilhelm Schwadtmann an. Als Schriftführer fungierte der Werbeberater für Handel und Industrie Erhard Faß, als Kassierer der Bankdirektor Dr. Walter Wiglow und als Beisitzer der Tischler Arthur Müller, der Techniker Karl Dörvschuck, der Stadtrat und Superintendent Karl Schubert, der Erzpriester Albrecht Jochmann, der Angestellte Gerhard Wolf und der Landwirt Franz Bathe. Schütze wurde Mitte August von der »Reichsgeschäftsstelle« auch damit beauftragt, sich um die Gründung und Registrierung des Kreisverbandes Brandenburg zu bemühen.[113] Für den organisatorischen Aufbau der Partei in Brandenburg von Vorteil war, daß Schütze seit August beim Oberlandratsamt die Abteilung Finanzen und Rechtswesen leitete.[114] Der stellvertretende Vorsitzende, Wilhelm Schwadtmann, gehörte dem am 22.

9. Sept. 1945, und Protokoll über die erste Mitgliederversammlung der Ortsgruppe der CDU Eberswalde am 16. Dez. 1945, ACDP III-033-087; außerdem F. KIND (wie Anm. 1), S. 12.

111 Vgl. beispielsweise das Schreiben von Bongartz an Grobbel, Eberswalde, 23. Jan. 1946, ACDP III-033-087.

112 Aufruf »Deutsches Volk!«, Sitz des Landesverbandes Brandenburg der CDUD, Berlin W 8, Jägerstraße 59-60. Nächste Geschäfts- und Meldestelle: Buchdruckerei des Pestalozzi-Waisenhauses Eberswalde, ACDP VII-011-2376.

113 Zulassungsantrag an den Militärkommandanten der Stadt Brandenburg, 3. Aug. 1945, sowie Schreiben Schütze an die »Reichsgeschäftsstelle«, Brandenburg, 23. Aug. 1945, ACDP III-033-087.

114 Vgl. W. MICKIN/W. GEORGINO, *Macht des schweren Anfangs* (wie Anm. 48), S. 10.

Mai 1945 offiziell konstituierten Magistrat der Stadt an und war verantwortlich für die Abteilung Ernährung.[115]

Konstituierung des Landesblockausschusses

Der verzögerte Gründungsverlauf von CDU und LDP hatte in Brandenburg auch zu einer auffallend späten Gründung des »Antifaschistischen Blocks« geführt. Dieser kam erst am 22. November 1945 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.[116] Auf lokaler Ebene hatten sich bereits vereinzelt »Blockausschüsse« gegründet. Daß dies auf Provinzialebene erst gegen Ende des Jahres gelang, lag nicht nur an der späten Konstituierung der Landesvorstände von CDU und LDP. Im Vorfeld der Blockgründung gab es auch personelle Forderungen der beiden Parteien, sie in der Provinzialverwaltung künftig entsprechend zu berücksichtigen. In keinem anderen Land der sowjetisch besetzten Zone waren CDU und LDP in der Verwaltung so schwach vertreten wie in Brandenburg. Auch hier zeigte sich, daß das Fehlen der Landesgeschäftsstelle in Potsdam zu erheblichen Nachteilen führen mußte. Als schließlich das Versprechen der KPD vorlag, die personellen Forderungen künftig zu berücksichtigen, waren beide Parteien bereit, dem Landesblockausschuß beizutreten.[117] Allerdings hatten KPD und SPD noch vor Beginn der ersten Zusammenkunft im Landesblock vereinbart, sich vor den Sitzungen jeweils auf eine gemeinsame Linie festzulegen. Überdies forderte Sägebrecht auch bei allen Stellenbesetzungen vorher eine gemeinsame Position mit der SPD herbeizuführen.[118] Der Handlungsspielraum der beiden »bürgerlichen« Parteien war somit von Anfang an äußerst gering. In einem Aufruf über die Bildung des Landesblocks am 28. November 1945 wurden schließlich auch die unteren Parteieinheiten ausdrücklich dazu verpflichtet, in allen Orten, Landkreisen und Verwaltungsbezirken Arbeitsausschüsse des »antifaschistisch-demokratischen« Einheitsblocks der Mark Brandenburg zu bilden.[119]

Mit Beginn des 1. Landesparteitages der Brandenburger Union am 27./28.

---

115 Klaus HEß/Anke RICHTER, *Die Stadt Brandenburg im Jahr 1945*, in: *Brandenburg im Jahr 1945* (wie Anm. 20), S. 195-222, S. 204.

116 *Protokolle des Landesblockausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien Brandenburgs 1945-1950*, eingel. und bearb. von Fritz REINERT (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs; 30), Weimar 1994, S. 3-6.

117 Vgl. F. REINERT, *Brandenburgs Parteien 1945-1950* (wie Anm. 32), S. 54.

118 Protokoll der Sekretariatssitzung der Bezirksleitung der KPD Brandenburg am 24. Nov. 1945, BLHA, Rep. 330, I/2/2.

119 Beschluß über die Bildung des gemeinsamen Arbeitsausschusses des Antifaschistisch-demokratischen Einheitsblocks Provinz Mark Brandenburg, 28. Nov. 1945, in: *Protokolle des Landesblockausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien Brandenburgs 1945-1950* (wie Anm. 116), S. 8 f. Der Aufruf befindet sich auch in: ACDP III-033-051.

April 1946 in Potsdam war der Aufbau des Landesverbandes mit 12 424 Mitgliedern in 232 Ortsgruppen und 300 Stützpunkten in einer ersten wesentlichen Phase abgeschlossen.[120] Als Vorsitzenden bestätigte der Landesparteitag Wilhelm Wolf. Stellvertreter wurden Gerhard Schütze, Ernst Köhler und Karl Grobbel. Als weitere Mitglieder gehörten dem Vorstand Willy Heller, Germanus Theiss, Hermann Gerigk, Irmgard Biermann, Erich Schmelz und Pfarrer Erich Steinfurth an.[121] Bis zum Ende des Jahres konnte der Landesverband seine Mitgliederzahl auf 24 424 nahezu verdoppeln.[122] Damit stellte er rund 13 Prozent der Mitglieder aller Landesverbände der CDUD der SBZ ohne Berlin. Mecklenburg stellte im Vergleich rund 14 Prozent der Gesamtmitglieder, Sachsen-Anhalt 23, Sachsen 31 und Thüringen rund 19 Prozent.

120 Organisationsreferat Karl Grobbel auf dem Landesparteitag der CDU Brandenburg am 27./28. April 1946 (wie Anm. 6).

121 Rundschreiben KV-3/1946 der CDUD, Landesverband Brandenburg, an die Kreisverbände, Berlin, 10. Mai 1946, ACDP III-033-035.

122 Zusammenstellung über den Mitgliederbestand der Landesverbände der CDUD. Stand vom 1. Jan. 1946 und 31. Dez. 1946 (wie Anm. 8).